

zialismus und Imperialismus den Untergang der Menschheit bedeuten würde. Nur unter Bedingungen des Friedens sind gesellschaftspolitische Auffassungen der internationalen Sozialdemokratie realisierbar. Sie erkennen zugleich, daß das Wetttrüben die Widersprüche und Krisenprozesse des kapitalistischen Systems verschärft, den nationalen Wirtschaftsinteressen ihrer Länder Schaden zufügt und die Möglichkeiten sozialdemokratischer Reformpolitik einschränkt. Insgesamt beweisen die Änderungen in der Haltung der Mehrheit der SI-Parteien zu internationalen Fragen, daß ein Umdenken und ein neues Herangehen nichtkommunistischer Kräfte in kapitalistischen Ländern in der Frage von Krieg und Frieden nicht nur notwendig, sondern auch möglich ist. Das friedens- und abrüstungspolitische Wirken der SI wird auch mitbestimmt von dem Bemühen um stärkeren Einfluß in den —» *Entwicklungsländern*, deren soziale und ökonomische Probleme nur unter Bedingungen des Friedens und effektiver Abrüstung lösbar sind. Die sicherheitspolitischen Auffassungen der Mehrzahl der Parteien der SI, daß Sicherheit unter den Bedingungen des Nuklearzeitalters nicht gegeneinander, sondern nur miteinander erreichbar ist, treffen sich in diesem entscheidenden Punkt mit dem neuen Herangehen der regierenden kommunistischen Parteien der sozialistischen Staaten an die Grundprobleme der internationalen Beziehungen der Gegenwart (—» *Atjßenpolitik*). Im Interesse des Friedens und des Fortschritts der Menschheit streben die Kommunisten, die stets die konsequentesten Kämpfer für den Frieden waren (—» *internationale kommunistische Bewegung*), Dialog und ein Zusammenwirken mit den sozialdemokratischen bzw. sozialistischen Parteien auf der Basis gegenseitiger Achtung und Wahrung der politischen und ideo-

logischen Selbständigkeit an. »Wie tief die Divergenzen zwischen den verschiedenen Strömungen der Arbeiterbewegung auch immer sein mögen, sie sind kein Hindernis für einen fruchtbaren und systematischen Meinungs austausch, für parallele oder gemeinsame Aktionen gegen die Kriegsgefahr, für die Gesundung der internationalen Lage, die Beseitigung der Reste des Kolonialismus, für die Interessen und Rechte der Werktätigen.« (XXVII. Parteitag der KPdSU, Programm, Dokumente, S. 96.) Die Bereitschaft der Kommunisten für ein Zusammenwirken mit den sozialdemokratischen bzw. sozialistischen Parteien entspricht den Grundsätzen marxistisch-leninistischer Bündnispolitik (—» *internationale und regionale Beratungen kommunistischer und Arbeiterparteien*) und hat eine solide Grundlage in der traditionellen Verbindung dieser Parteien mit den werktätigen Massen. Dies bedeutet nicht, daß die grundsätzlichen Differenzen in gesellschaftsstrategischen, weltanschaulichen und vielen praktischpolitischen Fragen aufgehoben oder verwischt werden, wie das von Wissenschaftlern der SED und der SPD erarbeitete Dokument »Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit« beweist. Sozialdemokratische bzw. sozialistische Parteien, die in Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaften und der NATO (—» *Nordatlantikpaktorganisation*) wirken, haben zudem stets klargestellt, daß sie in der Opposition oder in der Regierungsverantwortung die Bündnisaufgaben ihrer Länder in der NATO erfüllen werden. Die dringende Notwendigkeit eines Zusammenwirkens über alles Trennende hinweg in der alles übergreifenden Frage der Friedenssicherung ergibt sich aus der klaren Erkenntnis der neuen Dimension der Friedensbedrohung und aus bitteren Erfahrungen der Geschichte.